

Joachim Lang und Peter Hohaus

---

## Zusammenfassung

Der weltweite Energiebedarf wird in den kommenden Jahrzehnten weiter steigen. Erneuerbare Energien spielen zwar eine immer größere Rolle, dominierend sind jedoch noch die klassischen Primärenergieträger wie Öl, Kohle und Erdgas. Trotz großer Fortschritte bei der Verbesserung der Energieeffizienz und dem Zubau von erneuerbaren Energien ist mittelfristig eine Vollversorgung mit erneuerbaren Energien noch nicht realistisch. Eine politische Förderung erneuerbarer Energien wird entscheidend sein für eine nachhaltigere Energieversorgung und die notwendige Reduzierung von CO<sub>2</sub>. Bis zu einer Vollversorgung mit erneuerbaren Energien ist Versorgungssicherheit jedoch nur mit einem intelligenten Mix verschiedener Energieträger möglich. Es ist daher auch weiterhin die Frage zu beantworten, wie wir die Primärenergieträger Öl, Kohle und Erdgas intelligent und effizient nutzen können. Gerade Deutschland und Westeuropa sind mit ihren noch immer industriell geprägten Volkswirtschaften auch in Zukunft auf klassische Primärenergieträger angewiesen. Dies erfordert für Westeuropa auch zukünftig, Primärenergieträger aus Staaten außerhalb der EU zu beschaffen. Energiepartnerschaften mit diesen Staaten bleiben ein Schlüssel dafür.

---

J. Lang (✉)  
Repräsentanz Berlin, E.ON SE  
Berlin, Deutschland  
E-Mail: j.lang@eon.com

P. Hohaus  
Repräsentanz Berlin, Uniper SE  
Berlin, Deutschland  
E-Mail: peter.hohaus@uniper.energy

## Inhaltsverzeichnis

2.1	Ausgangslage	20
2.2	Europäischer Rat vom 20./21. März 2014	20
2.3	Treffen der G7-Energieminister	22
2.4	Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit (EESS) vom 28. Mai 2014	23
2.5	Europäischer Rat am 26./27. Juni 2014	25
2.6	Europäischer Rat am 23./24. Oktober 2014	25
2.7	Europäische Energieunion	27
2.8	Bewertung	27

---

## 2.1 Ausgangslage

Der Ausbruch der Ukraine-Krise im Frühjahr 2014 hat den Schwerpunkt der politischen Aufmerksamkeit innerhalb der Klima- und Energiepolitik der Europäischen Union auf die Versorgungssicherheit verlagert, obwohl diese politische Krise bislang in der EU nicht zu Gasversorgungsproblemen führte. Die große Abhängigkeit einzelner Mitgliedstaaten von russischen Erdgaslieferungen, aber auch der Europäischen Union insgesamt, hat erneut zu einer öffentlichen Grundsatzdebatte über eine Verringerung der Abhängigkeit von Drittstaaten geführt.

Derzeit bezieht die EU ca. 30 Prozent ihres Gasverbrauchs aus Russland. Dabei schwankt der Anteil der einzelnen Mitgliedstaaten erheblich. Er reicht von 100 Prozent in den baltischen Staaten und Finnland über hohe Prozentsätze in ganz Osteuropa und mittlere Prozentsätze in Zentraleuropa bis hin zu null Prozent in UK/Irland sowie auf der iberischen Halbinsel (vgl. Tab. 2.1). Russland exportierte 71 Prozent seines Gases nach Europa, wobei die größten Mengen nach Deutschland und Italien gingen.

---

## 2.2 Europäischer Rat vom 20./21. März 2014

Angesichts der beschriebenen Ausgangslage legte der Europäische Rat bereits in seiner Sitzung am 20./21. März 2014<sup>1</sup> erste Kriterien für eine Verbesserung der Energiesicherheit fest und beauftragte die Kommission, daraus eine Strategie zur Versorgungssicherheit zu erarbeiten. Diese Kriterien umfassten

- die Diversifizierung der Energielieferungen,
- eine Erhöhung der Verhandlungsmacht der EU gegenüber Erdgasproduzenten,
- die Verbesserung der Energieeffizienz,
- die Fortsetzung der Entwicklung erneuerbarer Energien und anderer heimischer Energiequellen,

---

<sup>1</sup> Europäischer Rat, Schlussfolgerungen v. 21.3.2014, EUCO 7/1/14, REV 1, CO EUR 2, CONCL 1.

**Tab. 2.1** EU-Importe von russischem Gas

EU countries importing Russian gas [2012]	Russian imports [TWh]	Consumption	Russian imports as % of total gas consumption
Austria	57,6	95,9	60 %
Belgium	0,6	178,8	0 %
<b>Bulgaria</b>	26,3	29,6	89 %
Czech Republic	49,6	86,3	57 %
<b>Estonia</b>	6,8	6,8	100 %
<b>Finland</b>	38,8	38,8	100 %
Germany	339,5	909,1	37 %
Greece	26,2	47,1	56 %
Hungary	85,8	107,4	80 %
Italy	228,7	792,6	29 %
<b>Latvia</b>	15,2	15,2	100 %
<b>Lithuania</b>	34,2	34,2	100 %
Luxembourg	3,3	13,7	24 %
Netherlands	22,1	426,2	5 %
Poland	103,6	176,9	59 %
Romania	35,2	144,7	24 %
<b>Slovakia</b>	46,2	55,3	84 %
Slovenia	5	8,3	60 %
United Kongdom	0	855	0 %
<b>Total</b>	<b>1125</b>	<b>4022</b>	<b>28 %</b>

- die Koordinierung der Entwicklung und des Ausbaus von Infrastruktur,
- die Solidarität der Mitgliedstaaten im Falle plötzlicher Versorgungsausfälle,
- die weitere Unterstützung des Südlichen Korridors,
- die Suche nach Wegen zur Förderung von Erdgasexporten von Nordamerika in die EU unter Berücksichtigung von TTIP sowie
- die Erhöhung der Transparenz von zwischenstaatlichen Abkommen.

Nahezu alle Kriterien sind nicht neu, sondern waren bereits in den letzten Jahren Gegenstand der Debatte zur europäischen Energiesicherheit. Die Kommission hatte zum Beispiel schon in ihrem zweiten strategischen Energiebericht im November 2008<sup>2</sup> ganz ähnliche Kriterien im Rahmen des damaligen Aktionsplans für Energiesicherheit behandelt. Dabei ging es namentlich um die Verbesserung der Energieinfrastruktur einschließlich der Diversifizierung der Bezugsquellen, um externe Energiebeziehungen, Erdöl- und Erdgasvorräte sowie Krisenbewältigungsmechanismen, Energieeffizienz und eine bessere Nutzung heimischer Ressourcen.

<sup>2</sup> KOM (2008) 781 endgültig.

## 2.3 Treffen der G7-Energieminister

Im weiteren Verlauf der Ukraine-Krise erörterten auf internationaler Ebene sodann die G7-Energieminister Wege, die Energiesicherheit zu stärken. In einer gemeinsamen Erklärung<sup>3</sup> einigten sie sich im Rahmen ihres Treffens in Rom am 5. und 6. Mai 2014 darauf, grundlegende und nachhaltige Änderungen herbeizuführen, um die Energieversorgungssicherheit auf globaler, nationaler und regionaler Ebene zu verbessern. Dazu gehören:

- die Entwicklung flexibler, transparenter und wettbewerbsorientierter Energiemärkte auch im Gasbereich,
- die Diversifizierung von Brennstoffen, Energiequellen und Energieversorgungswegen sowie die Förderung der Nutzung heimischer Energiequellen,
- die Verringerung der Treibhausgasemissionen und die Beschleunigung des Übergangs zu einer Wirtschaft mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen als zentraler Beitrag zu einer dauerhaften Energieversorgungssicherheit,
- die Erhöhung der Energieeffizienz auf Nachfrage- und Angebotsseite sowie eine verstärkte Laststeuerung,
- die Förderung der Nutzung sauberer und nachhaltiger Energietechnologien und kontinuierlicher Investitionen in Forschung und Innovation,
- die Verbesserung der Resilienz der Energienetze durch Förderung der Modernisierung von Infrastrukturen sowie durch angebots- und nachfrageseitige Maßnahmen, die die Widerstandskraft gegenüber Systemschocks erhöhen,
- die Einrichtung von Notfallsystemen, einschließlich Reserven und der Substitution von Brennstoffen für Importländer, für den Fall größerer Unterbrechungen der Energieversorgung.

**Langfristig** steht dabei eine Diversifizierung des Energiemix im Vordergrund. Angesichts der Tatsache, dass fossile Brennstoffe noch immer ein wichtiger Bestandteil des Energiemix sind, sollen die mit ihnen verbundenen Emissionen verringert werden, um den Klimawandel einzudämmen und die Energieversorgungssicherheit zu verbessern. Die G7 wollen deshalb die Nutzung von Technologien mit geringen CO<sub>2</sub>-Emissionen fördern (erneuerbare Energien, Kernkraft in den Ländern, die sich für ihre Nutzung entscheiden, sowie Kohlenstoffabscheidung und -speicherung).

Darüber hinaus sehen es die G7-Energieminister als erforderlich an, die Energieeffizienz durch proaktive Maßnahmen in der Industrie, bei allen Arten der Stromerzeugung, im Verkehrs- und Bausektor sowie in den privaten Haushalten weiter zu erhöhen. Dazu soll der Einsatz energieeffizienter Technologien und der Aufbau der erforderlichen – auch finanziellen – Kapazitäten unterstützt werden.

---

<sup>3</sup> Tagung der G7-Energieminister in Rom, Initiative für Energieversorgungssicherheit der G7 von Rom, Gemeinsame Erklärung, 6.5.2014.

**Mittelfristig** ist die Diversifizierung der Quellen und Versorgungswege für fossile Brennstoffe von zentraler Bedeutung. Kein Land sollte vollständig von einem Lieferanten abhängig sein. Die G7 setzen sich daher für einen stärker integrierten LNG-Markt ein und werden dazu neue Lieferungen sowie den Ausbau von Transportinfrastrukturen, Speicherkapazitäten und LNG-Terminals fördern. Sie unterstützen die Erschließung neuer Energieversorgungswege, insbesondere des Südlichen Korridors, damit Energie aus weiteren Quellen nach Europa gelangen kann.

Im Einklang mit der längerfristigen Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels wollen sie Möglichkeiten nutzen, die Energieversorgungssicherheit und das Wirtschaftswachstum durch eine sichere und nachhaltige Erschließung der Öl- und Erdgasressourcen aus konventionellen und nichtkonventionellen Quellen zu fördern, wobei die Wahl der zu erschließenden Quellen den einzelnen Ländern überlassen bleiben soll.

Als **sofortige Maßnahmen** unterstützten die G7-Mitglieder die Bemühungen der EU-Kommission zur Entwicklung eines Energienotfallplans für den Winter 2014/2015. Sie baten die Internationale Energieagentur (IEA), gemeinsam mit der EU-Kommission in den nächsten sechs Monaten individuelle und gemeinsame Maßnahmen zur Gasversorgungssicherheit zu präsentieren.

Die Energieminister der G7 trafen sich erneut am 11. und 12. Mai 2015 in Hamburg und erörterten dort die seit der Zusammenkunft in Rom erzielten Fortschritte. Sie bekräftigten die in Rom 2014 beschlossenen Grundsätze zur Energieversorgungssicherheit und vereinbarten, auf dieser Grundlage zusätzliche Maßnahmen zu einer weiteren Steigerung der nachhaltigen Energiesicherheit innerhalb der G7-Staaten und darüber hinaus zu ergreifen.<sup>4</sup> Dabei empfahlen die Energieminister der G7, eine Umsetzung der zwischenzeitlich entwickelten Ratschläge von IEA und Kommission zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit und der Flexibilität der Gasmärkte genau zu prüfen. Ferner haben sie sich auch dazu verpflichtet, die Cyber-Sicherheit im Energiebereich zu verbessern, und möchten gefährdete Länder einschließlich der Ukraine bei ihren Anstrengungen zur Reform der Liberalisierung ihrer Energiesysteme mit dem Ziel einer Steigerung ihrer Energiesicherheit unterstützen.

---

## 2.4 Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit (EESS) vom 28. Mai 2014

Schon am 28. Mai 2014 lieferte die Kommission die vom Europäischen Rat geforderte Strategie. Hierzu legte sie im Rahmen einer Mitteilung eine umfassende Studie über die Energieabhängigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten von Drittstaaten vor.<sup>5</sup> Sie schlägt darin eine Reihe von kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der Ener-

---

<sup>4</sup> G7-Energieministertreffen in Hamburg, Communiqué, 12.5.2015.

<sup>5</sup> Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat v. 28.5.2014, Strategie für eine sichere europäische Energieversorgung, KOM(2014) 330 endgültig.

giesicherheit vor, die sogenannte Europäische Strategie für Energieversorgungssicherheit, EESS.

Die Kernelemente lauten:

- Sofortmaßnahmen mit Blick auf die Bewältigung einer potenziellen Lieferunterbrechung größeren Ausmaßes im kommenden Winter, unter anderem Durchführung von „Stresstests“ zur Identifizierung von Versorgungsrisiken und entsprechenden Abhilfemaßnahmen,
- Stärkung der Notfall- und Solidaritätsmechanismen, unter anderem durch eine Überprüfung der bisherigen Sicherheitsmechanismen inklusive einer Überarbeitung der EU-Gasversorgungssicherheitsverordnung mit Blick auf regionale und EU-weite Risikobewertungen sowie Präventiv- und Notfallpläne, den Regulierungsrahmen für Speicher und eine detailliertere Definition der „geschützten Kunden“,
- Verringerung der Energienachfrage, unter anderem durch eine beschleunigte Erreichung des EU-Energieeffizienzziels für 2020 in den Mitgliedstaaten mit Fokus auf den Wärmesektor im Gebäude- und Industriebereich sowie durch eine Mitteilung der Kommission zur Rolle der Energieeffizienz im Energie- und Klimarahmen für 2030,
- Verwirklichung eines funktionierenden und vollständig integrierten Energiebinnenmarktes, unter anderem durch vollständige Umsetzung der bisherigen Binnenmarktpakete und eine beschleunigte Durchführung entsprechender Vertragsverletzungsverfahren, eine beschleunigte Umsetzung der Energieinfrastrukturvorhaben von gemeinsamem Interesse sowie Festlegung von Interkonnektionszielen von 10 bzw. 15 Prozent der installierten Stromerzeugungsleistung bis 2020 bzw. 2030,
- Steigerung der Energieerzeugung und -produktion in der EU, unter anderem durch eine schrittweise Europäisierung der Fördersysteme für erneuerbare Energien und eine Analyse des Potenzials der Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten,
- Weiterentwicklung von Energietechnologien, unter anderem durch Schwerpunktsetzung auf das Thema Energiesicherheit bei der Umsetzung des Forschungsrahmenprogramms „Horizon 2020“,
- Diversifizierung der Energieimporte und der Versorgungswege, unter anderem durch Erhöhung der Transparenz auf EU-Ebene mit Blick auf die Gasversorgungssicherheit und eine Weiterentwicklung der Preisbildungsmechanismen,
- Verbesserung der Koordination nationaler Energiepolitiken und der EU-Energieaußenpolitik, unter anderem durch die Prüfung freiwilliger Mechanismen für eine Bündelung der Nachfrage.

## 2.5 Europäischer Rat am 26./27. Juni 2014

Der Europäische Rat hat hierzu in seiner Sitzung am 27. Juni 2014 Stellung genommen<sup>6</sup> und folgende Positionen eingenommen:

- Die EESS sei eng verknüpft mit dem Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030,
- die EU solle sich stärker darum bemühen, die Höhe der Energieabhängigkeit Europas zu verringern,
- kurzfristig sollen Maßnahmen unterstützt werden, die noch vor dem Winter 2014/2015 umgesetzt werden können. Als solche wurden definiert:
  - die Stärkung bestehender Notfall- und Solidaritätsmechanismen einschließlich Gasspeicher,
  - Investitionen in die Energieinfrastruktur sowie
  - der Austausch der EU mit internationalen Partnern zur Verringerung des Risikos bei Lieferunterbrechungen.
- Die EU betont zudem die Bedeutung von Energieeffizienz und den Ausbau heimischer Erzeugung, die weitere Umsetzung und Integration des europäischen Energiemarktes auf der Grundlage eines regionalen Ansatzes, stärkerer Transparenz auf dem Gasmarkt und der Förderung des Aufbaus von derzeit noch fehlender Infrastruktur, um alle bislang abgekoppelten Mitgliedstaaten bis 2015 an die europäischen Gas- und Stromnetze anzubinden.

---

## 2.6 Europäischer Rat am 23. /24. Oktober 2014

Der Europäische Rat hat schließlich während seiner Tagung am 23. und 24. Oktober 2014 den neuen Rahmen für eine Klima- und Energiepolitik bis 2030 verabschiedet. In diesen Beschlüssen haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten auch Vereinbarungen zur Energiesicherheit getroffen.<sup>7</sup> So haben sie den Bericht der italienischen Ratspräsidentschaft zur Energiesicherheit zur Kenntnis genommen.<sup>8</sup> Dieser beinhaltete auch auf Basis der EESS unter anderem folgende Einzelpunkte für eine Verbesserung der Energiesicherheit:

**Kurzfristig** sollen zum Beispiel der Rechtsrahmen für die transeuropäische Energieinfrastruktur rasch umgesetzt und die wesentlichen Regeln für Strom- und Gasaustausch sowie des Übertragungs- bzw. Fernleitungsnetzbetriebs harmonisiert werden.

---

<sup>6</sup> Europäischer Rat, Schlussfolgerungen v. 27.6.2014, EUCO 79/14, CO EUR 4, CONCL 2, S. 9.

<sup>7</sup> Europäischer Rat, Schlussfolgerungen v. 24.10.2014, EUCO 169/14, CO EUR 13, CONCL 5.

<sup>8</sup> Bericht v. 8.10.2014 zu Folgemaßnahmen im Anschluss an die Tagung des Europäischen Rates v. 26./27.6.2014, Energieversorgungssicherheit, Dok. 13788/14, ENER 414.

**Mittel- und langfristig** sollen zum Beispiel kosteneffektive Energieeffizienzmaßnahmen und die Entwicklung aller heimischen Ressourcen in nachhaltiger Weise gefördert und die Abhängigkeit von Öl insbesondere im Verkehrssektor reduziert werden.

Im **Gassektor** wird angestrebt, die Erdgaslieferungen zu diversifizieren sowie LNG-Infrastrukturen und damit verbundene Hafenanlagen zu verbessern oder – soweit möglich – zu schaffen. Die vollständige Anwendung des EU-Energiebinnenmarktes und der Wettbewerbsregeln für alle Infrastrukturen und die Förderung flexibler Gasmärkte soll sichergestellt und Gaspreisformeln in Gaslieferverträgen eingeführt werden, die in den Zielmärkten mit Hubpreisen gekoppelt sind.

Im **Stromsektor** liegt der Fokus auf der Förderung von Strombörsen auf regionaler Ebene sowie der Nutzung erneuerbarer Energien in einer marktwirtschaftlicheren Weise.

Ganz grundsätzlich wird eine stärkere Abstimmung zwischen Energie und Außenpolitik angestrebt.

Mit Blick auf die Diversifizierung von Energielieferanten und Routen sollen die entscheidenden Projekte von gemeinsamem Interesse umgesetzt werden, wie zum Beispiel der Nord-Süd Korridor, der Südliche Gaskorridor, die Förderung neuer Gashubs in Südeuropa und die wesentlichen Infrastrukturprojekte zur Verbesserung der Energiesicherheit Finnlands und der baltischen Staaten wie auch eine aktive Anregung von Upstream-Entwicklungen in neuen Regionen (Mittelmeerraum, Schwarzes Meer, Nordsee und Nordafrika).

Auch die Maßnahmen zur besseren Nutzung von LNG-Regasifizierungsanlagen und Gasspeicherkapazitäten sollen verbessert werden, um Notfallsituationen besser bewältigen zu können.

Die Kommission wird aufgefordert, ihre Unterstützung zur Verbesserung der Koordinierung kritischer Projekte von gemeinsamem Interesse zu intensivieren. Nationale administrative Prozesse sollen in Übereinstimmung mit der Kommission rationalisiert und auch die Politik zum Schutz kritischer Infrastrukturen weiterentwickelt werden.

Zur Stärkung der Verhandlungsmacht der EU bei Verhandlungen zu Energie soll der Beschluss zur Einrichtung eines Mechanismus für den Informationsaustausch über zwischenstaatliche Energieabkommen zwischen Mitgliedstaaten und Drittstaaten vollständig angewendet werden, insbesondere auch mit Blick auf Standardregeln und die Unterstützung eines Mitgliedstaates durch die Kommission in Verhandlungen über solche Abkommen. Die Mitgliedstaaten und beteiligte Unternehmen sollen ermuntert werden, der Kommission maßgebliche Informationen bereitzustellen und ihre Unterstützung während der Verhandlungen zu suchen. Dies schließt die Vorabbewertung der Vereinbarkeit eines bilateralen Energieabkommens mit der EU-Gesetzgebung und ihrer Energiesicherheitsprioritäten ein.

Ferner seien auch die außenpolitischen Instrumente der EU und der Mitgliedstaaten zu nutzen, um einheitliche Botschaften zur Energiesicherheit gegenüber strategischen Partnern und großen Energielieferanten zu senden.



## 2.7 Europäische Energieunion

Schließlich soll auch die Strategie zur Schaffung einer Europäischen Energieunion, die in der Mitteilung der Kommission vom 25. Februar 2015<sup>9</sup> mündete, im Zuge des gestiegenen Fokus auf Energiesicherheit einen entscheidenden Beitrag leisten. Die politische Idee der Energieunion, die eine der zehn Prioritäten von Kommissionspräsident Juncker ist, beabsichtigt den Aufbau eines gemeinsamen europäischen Raums für Energie für die EU und darüber hinaus, um mit neuen Wegen Energie zu produzieren und zu verbrauchen. Die Strategie umfasst fünf zusammenhängende Dimensionen:

- Energiesicherheit, Solidarität und Vertrauen,
- ein vollständig integrierter europäischer Energiemarkt,
- Energieeffizienz als Beitrag zur Senkung der Nachfrage,
- Entkarbonisierung der Wirtschaft,
- Forschung, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit.

---

## 2.8 Bewertung

Die Stärkung der Versorgungssicherheit ist für das ressourcenarme Europa ein zentrales Anliegen. Eine gemeinsame europäische Energiepolitik im Verhältnis zu Drittstaaten ist notwendig, um mit einer Stimme sprechen zu können. Wichtig bleibt dabei aber die klare Abgrenzung der Verantwortlichkeiten zwischen Politik und Unternehmen. Letztere sollten weiterhin ihre Verträge mit Produzenten eigenverantwortlich verhandeln. Die Politik kann dies sinnvoll flankieren und die angemessenen Rahmenbedingungen setzen. In einem europäischen Binnenmarkt sollte dies jedoch in einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb erfolgen. Daher ist marktwirtschaftlichen Instrumenten der Vorzug zu geben vor staatlicher Lenkung durch nationale und europäische Behörden. Für die weiteren Innovationen im Rahmen einer deutschen oder sogar europäischen Energiewende bleibt die Verfügbarkeit energetischer Rohstoffe wichtig. Dabei muss auch Erdgas ein wichtiger Teil zukünftiger energiewirtschaftlicher Lösungen bleiben. Ohne Erdgas können zahlreiche industrielle Prozesse, zum Beispiel im Rahmen der Grundstoffproduktion der Chemieindustrie, und auch maschinelle Prozesse nicht oder nur mit ungenügender Effizienz und geringerem Innovationspotenzial funktionieren. Auch für die Wärmeversorgung von Haushaltskunden bieten die praktischen Anwendungen im Heizungsmarkt auf Erdgasbasis eine verlässliche und CO<sub>2</sub>-freundliche Alternative. Erdgas hätte auch beste Chancen, weiterhin eine wichtige Rolle in der Stromerzeugung zu spielen. Dafür muss der Ordnungsrahmen eines künftigen Strommarktdesigns in Deutschland und Europa so

---

<sup>9</sup> Paket zur Energieunion, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss, den Ausschuss der Regionen und die Europäische Investitionsbank, Rahmenstrategie für eine krisenfeste Energieunion mit einer zukunftsorientierten Klimaschutzstrategie v. 25.2.2015, KOM(2015) 80 endgültig.

gestaltet sein, dass das Erdgas als Produkt seinen Beitrag für die Klimaziele und die Versorgungssicherheit leisten kann.

Die Erarbeitung von Maßnahmen zur Stärkung der Versorgungssicherheit hat durch die Ukraine-Krise wieder eine erhebliche Beschleunigung erfahren. Dabei spielte vor dem Winter 2014/2015 auch eine Rolle, dass sich die Ukraine und Russland im Rahmen ihrer Lieferbeziehungen über ausstehende Gaspreiszahlungen der Ukraine auseinandersetzen mussten.

Einzelne Aspekte der Debatte zur Energiesicherheit sind wie folgt zu bewerten:

### **2.8.1 Notwendigkeit der EU, die Diversifizierung ihrer Energielieferungen zu beschleunigen**

Eine Diversifizierung des Gasbezugs nehmen die Unternehmen der Gaswirtschaft seit jeher vor. Auch aktuell setzen die Unternehmen ihre Bemühungen – zum Beispiel als Beteiligte an der Öffnung des Südlichen Korridors – fort, um künftig Erdgas aus dem kaspischen Raum, konkret beispielsweise aus Aserbaidschan, zu beziehen. Sie engagieren sich auch vermehrt im Geschäft mit verflüssigtem Erdgas (LNG). Bei den Partnerschaften mit jetzigen bzw. zukünftig möglichen Produzentenstaaten sollte keine politisch motivierte „Entweder-oder-Situation“ entstehen. Alte Partnerschaften sollten gestärkt und neue entwickelt werden. Dies kann die Diversifizierung der Lieferungen und damit die Energiesicherheit sowie auch die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union nur verbessern. Dabei bleibt auch Russland ein wichtiger Teil der europäischen Gasdiversifizierung, zumal es selbst von den Lieferungen nach Westeuropa wirtschaftlich abhängig ist und sich in der Vergangenheit auch in politisch schwierigen Zeiten stets als zuverlässiger Lieferant erwiesen hat.

### **2.8.2 Erhöhung der Verhandlungsmacht der EU und Energieeffizienz**

Abzulehnen sind Vorschläge zur Schaffung einer zentralen Einkaufsgemeinschaft der EU für Erdgas, sei es durch eine eigens dafür geschaffene Agentur oder eine zentrale kommerzielle Einheit. Dies wäre mit der in den letzten Jahren in Europa politisch forcierten Liberalisierung der europäischen Energiemärkte nicht vereinbar und überdies kritisch mit Blick auf europäisches Kartellrecht zu bewerten. Im EU-Modell der offenen Marktwirtschaft ist es Aufgabe der Unternehmen, Einkaufsverträge über den Erdgasbezug zu verhandeln. Ähnliche Vorschläge, die schon 2009 auf Basis von Gedanken der Generaldirektion Energie für die Bündelung einer Nachfrage von Gas aus dem kaspischen Raum (speziell Turkmenistan) entwickelt wurden (Diskussion zur sogenannten Caspian Development Corporation), wurden auch innerhalb der Kommission von der Generaldirektion Wettbewerb eher kritisch gesehen. Ordnungspolitisch unangemessen wäre auch eine isolierte Einkaufsgemeinschaft einzelner EU-Mitgliedstaaten in Osteuropa, die bislang nur

Industrielle Energiestrategie

Praxishandbuch für Entscheider des produzierenden  
Gewerbes

Matzen, F.J.; Tesch, R. (Hrsg.)

2017, XX, 824 S. 108 Abb., Hardcover

ISBN: 978-3-658-07605-4